

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Philip Kucher, Mag.^a Michaela Steinacker, Ralph Schallmeiner, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Vollzug des Impfpflichtgesetzes

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 2173/A der Abgeordneten Gabriela Schwarz, Ralph Schallmeiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz über die Impfpflicht gegen COVID-19 (COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG) (1312 d.B.)

Die Vollziehung des COVID-19-Impfpflichtgesetzes wird bei den betroffenen Behörden jedenfalls in der Phase der automatisierten Zustellung der Impfstrafverfügungen zu einem Mehraufwand führen, der mit dem derzeitigen Personalstand und der derzeitigen Organisationsstruktur vermutlich nicht zu bewältigen sein wird.

Es muss daher sichergestellt werden, dass den Ländern, Gemeinden und Verwaltungsgerichten in jeder Phase der Umsetzung des COVID-19-Impfpflichtgesetzes ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen und dass diese bei besonderer Mehrbelastung vom Bund abgegolten werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Ländern und Gemeinden sowie den Verwaltungsgerichten in jeder Phase der Umsetzung des COVID-19-Impfpflichtgesetzes, insbesondere aber für die Phase der automationsunterstützten Ermittlung der Daten und ebensolcher Ausfolgung der Impfstrafverfügungen, ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um den zu erwartenden Verwaltungsaufwand bei der Umsetzung des COVID-19-Impfpflichtgesetzes bewältigen und insbesondere die notwendigen Personalressourcen sicherstellen zu können.“

(Steinacker)

M. (NUSSBAUM)

R. (SCHALLMEINER)

P. (KUCHER)

D. (STOCHAN)

